

TIERSCHUTZPOLITIK *in Bayern*

Sonderausgabe des Landesverbandes Bayern zur Landtags- und Bezirkswahl 2018 in Bayern am 14.10.2018



unverwechselbar – seit 1993!

www.tierschutzpartei.de/partei/struktur/landesverbaende/bayern/

Tierschutzpartei das erste Mal auf dem Stimmzettel zur Landtags- und Bezirkswahl 2018 in Bayern?



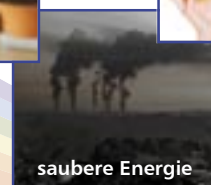
Die Tierschutzpartei wurde zwar schon 1993 gegründet – als weltweit erste Tierschutzpartei überhaupt – und hat schon an sehr vielen Wahlen erfolgreich teilgenommen, aber 2018 wird nun zum ersten Mal in Bayern der Versuch gestartet, an der Landtagswahl teilzunehmen. Die Hürden für eine erfolgreiche Teilnahme sind nach dem Bayerischen Landeswahlgesetz allerdings sehr hoch. Stimmkreise müssen besetzt, Wahlkreislisten müssen aufgestellt werden und danach mehr als 8300 beglaubigte Unterstützungsunterschriften im Freistaat gesammelt werden. Jede Stimme für die Tierschutzpartei ist dabei ein Zeichen an die herrschenden Parteien dieses Landes, dass ihr Kurs falsch ist und die Politik sich dringend ändern muss. Wir nehmen die lobbyismusgesteuerte Förderung der tierquälerischen Agrarindustrie nicht hin! Wir lehnen Tierversuche als veraltete und schlechte Wissenschaft kategorisch ab.

Wir wollen ein schnelles Umdenken hin zu einer ethisch orientierten Wirtschaft! Wir sind für gerechte Löhne, die Alters- und Kinderarmut verhindern. Wir wollen soziale Gerechtigkeit, absolute Chancengleichheit im Bildungssystem, konsequente Friedenspolitik, eine saubere Natur, gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel. Mit uns wird es bald keine Kohlekraftwerke mehr geben, erneuerbare Energien müssen deutlich stärker als bisher gefördert werden. Selbstverständlich sind dies nur einige Auszüge aus unserem Parteiprogramm. Einige Beispiele werden auf den kommenden Seiten aufgezeigt, alles Weitere finden Sie in unserem Grundsatzprogramm. Denn wir haben ein Programm und richten uns nicht nur daran aus, durch welche Politik

wir am meisten Stimmen holen können. Wir stehen zu unseren Überzeugungen!

Unser Grundsatz:

Ehrliche und konsequente Politik für alle, die in unserer Gesellschaft keine Stimme haben – Menschen, Tiere und Umwelt!



Klimaschutz: mehr als Fahrradfahren und Glühbirnen ersetzen!

Fragt man heute den Ottonormalverbraucher, ob er weiß, was er zur Vermeidung des Klimakollaps tun kann, wird er in der Regel die altbekannten Beispiele nennen: „Ja, ich habe schon alle Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzt“ und „ich fahre immer öfter mal Rad statt Auto“. Von diesen gängigen Maßnahmen gibt es sicher noch etliche mehr, aber eines haben sie alle gemeinsam: Sie sind nicht der Klimakiller Nummer 1. Denn alle Untersuchungen zeigen mittlerweile eines ganz deutlich, dass dieser negative Spitzenplatz von

der industriellen Tierhaltung belegt wird – unangefochten.

Klimakiller Nr. 1:

Die Massentierhaltung

Die Massentierhaltung setzt mehr klimaschädliche Emissionen frei als der gesamte weltweite Verkehr (PKW, LKW, Flugzeuge und Schiffe zusammen!). Selbst die unterste und damit vorsichtigste Einschätzung bestätigt dies noch! Für ein einziges Kilogramm produziertes Rindfleisch kann man mit einem durchschnittlichen Auto mehr als 250 km fahren!

Wenn Sie also etwas für das Klima tun wollen, dann sollten Sie den Konsum tierischer Produkte reduzieren oder im Idealfall ganz vermeiden! Angesichts steigender Durchschnittstemperaturen und Meeresspiegel und der daraus resultierenden katastrophalen Prognose ist es in dieser Hinsicht fünf nach zwölf!

*25 Jahre politischer Tierschutz
aus Überzeugung –
und kein bisschen müde!*

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Europäische Vernetzung



Wir sind zwar weltweit die erste Tierschutzpartei, es gibt aber mittlerweile schon etliche weitere Tierschutzparteien in Europa (Niederlande, Frankreich, Spanien, Italien, Finnland, Großbritannien, u.w.m.), mit denen wir gut vernetzt sind!



Die richtige Ernährung hat einen immensen Einfluss auf Ihren ökologischen Fußabdruck!

Das System „Massentierhaltung“

Die Massentierhaltung wird, wenn man Umfragen glauben darf, von einem Großteil der Bevölkerung als extrem tierquälerisch angesehen. Trotzdem gibt es kein Umdenken; im Gegenteil, die brutale Tierausbeutung wird immer schlimmer. Nachfolgend ein paar Zahlen und Fakten, die zum Umdenken animieren sollen.

Die stärkste Intensivierung hat in der **Geflügelmast** stattgefunden. Masthühner werden so gezüchtet und gehalten, dass sie extrem schnell wachsen, oft unter ihrem Gewicht zusammenbrechen oder noch vor der Schlachtreife (ca. 6 Wochen!) an Herz-Kreislauf-Versagen sterben.

Die Masthühner sind übrigens für die **Eier-Produktion** nicht geeignet. Dafür gibt es spezielle Qualzuchten, die besonders viele Eier legen. Die männlichen Küken dieser Zuchtrassen werden direkt nach ihrer Geburt lebendig geschreddert oder vergast – etwa 40 Millionen Küken pro Jahr!

Um all diese Tiere zu ernähren, werden Unmengen von Gen-Soja z.B. aus Südamerika importiert und an die Nutztiere verfüttert. Für den Anbau dieses Soja wird nach wie vor alle zwei Sekunden ein Fußballfeld **Re-genwald** abgeholzt und/oder abgebrannt. Die Millionen „Nutztiere“ in unserem Land

produzieren so viel **Gülle**, dass die Tierhalter nicht mehr wissen, wohin damit. Deshalb wird so viel davon auf die Felder gekippt, dass die Böden diese nicht mehr abbauen können und zunehmend mit Nitrat verseucht sind. Sauberes Grundwasser ade?

Die eben erwähnte Urwaldzerstörung, die Unmengen Methan, die die Kühe ausstoßen, Futtermitteltransporte etc ... sorgen zudem dafür, dass die Massentierhaltung der **Klimakiller Nummer 1** ist, also noch vor dem weltweiten Verkehr.

Pro kg Rindfleisch werden bis zu 20 kg Futtermittel benötigt. Das ist im Grunde eine effektive Form von **Nahrungsmittelvernichtung**. Mit fleischloser Kost könnten 10x mehr Menschen ernährt werden, und es müsste nicht mehr alle 3,5 Sekunden ein Kind auf dieser Welt verhungern!

Schon länger ist bekannt, dass Fleisch und Milch die Hauptursachen für viele **Zivilisationskrankheiten** sind. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gicht, Darmkrebs – um nur einige zu nennen. Viele Menschen werden zwar alt, der Preis dafür ist aber hoch, denn viele dieser Krankheiten, darunter auch Alzheimer, treten häufig erst im Alter auf und reduzieren die Lebensqualität drastisch!



Foto: pro tunc animalis

„Jägerlatein“ enttarnt!

Wussten Sie schon

... dass Schwarzwild- und Fuchsbestände durch die Bejagung sogar anwachsen? Die Zerstörung von Familienstrukturen und Sozialverbänden führt zu unkontrollierter und verstärkter Vermehrung! Das belegen aktuelle Bestandszahlen.

... dass Fuchsbandwurm und Tollwut dank Impfködem praktisch ausgerottet sind?

... dass ein Tier bei einer Treibjagd teils stundenlang leiden muss, weil es nur der Jäger töten darf, der es auch angeschossen hat?

... dass bis zu 70% der Wildtiere, vor allem bei Drückjagden, nicht sofort sterben? Tagelange Schmerzen und ein qualvoller Tod sind die Folge!

... dass die qualvolle Fallenjagd in Deutschland immer noch erlaubt ist?

... dass sich „Verbißschäden“ im Rahmen halten würden, wenn es durch die massive Fütterung im Rahmen der Hege nicht zu so großen Populationsdichten käme und der enorme Jagddruck die Tiere zudem nicht in die Wälder zwingen würde?

... dass freilaufende Haustiere lt. wissenschaftlichen Untersuchungen nur einen lächerlich geringen Anteil an jagdbarer Beute erlegen? Haustierabschuss hilft den Jägern nur beim Ausmerzen von lästigen Jagdkonkurrenten.

Mangelhafte Förderung der Tierheime

Übervolle Tierheime sind eine Folge von unkontrollierter Zucht und des verantwortungslosen Umgangs unserer Gesellschaft mit unseren Haustieren. Wenn jeder Bürger nur 5,- €/Jahr zahlen würde, dann müssten Tierheime sich nicht mehr wie Bittsteller vorkommen, die auf das „Goodwill“ der politisch Verantwortlichen angewiesen sind. Und es wäre mit Sicherheit noch Geld für flächendeckende Kastrationsprogramme der etwa zwei Mio. Streunerkatzen (bundesweit) vorhanden!

Verbandsklagerecht

Was im Umweltschutz schon jahrelang Fakt ist, wird im Tierschutzbereich von Bund und Land großteils blockiert. Deshalb gibt es auch in Bayern noch kein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände. Darum ist auch das Tierschutzgesetz eigentlich Makulatur, und Tierhalter brauchen kaum rechtliche Konsequenzen für Gesetzesverstöße zu fürchten, denn die Tiere selbst (oder ihre Fürsprecher) können sich juristisch nicht wehren. Wir fordern daher (wie auch bspw. der Tierschutzverein München) umgehend ein Verbandsklagerecht in Bayern!

Pelz: das brutale Mord(s)geschäft!

Pelzprodukte, die in Deutschland in den Handel gelangen, stammen etwa zur Hälfte von Tieren, die auf Pelztierfarmen gehalten werden. Die Haltungsbedingungen dort sind rein profitorientiert. Die Tiere fristen ihr kurzes Leben bis zur so genannten „Erntezeit“ in engen Drahtgitterkäfigen. Bei den Tötungsmethoden (Gas, Giftspritze, Strom ...) wird nur Wert darauf gelegt, dass der wertvolle Pelz nicht beschädigt wird. Die Käfige haben eine Grundfläche von rund einem Quadratmeter. Dies löst unerträglichen Stress bei den Tieren aus. Die Folgen sind Selbstverstümmelungen wie das Abbeißen eigener Gliedmaßen, Verhaltensstörungen wie z.B. stereotype Bewegungsmuster bis hin zum Kannibalismus.

Unsere Forderung: Das Züchten und Töten von Tieren zum Zweck der Pelzgewinnung ist ebenso wie die Verfolgung wild lebender „Pelztiere“ wie Fuchs und Marder sofort und ohne Übergangszeit zu unterbinden.

Bitte informieren Sie sich ebenso über das Tierqualprodukt **Leder**. Dies ist kein natürliches „Abfallprodukt“ der Tierhaltung. Giftige Chemikalien setzen den Arbeitern in den Herstellerländern zudem massiv gesundheitlich zu: www.tierschutzpartei.de/tierschutz/massentierhaltung/leder/

Tierversuche: grausam und sinnlos



Foto: AESOP-Project

Tierversuche sind ethisch zutiefst verwerflich, da die Tiere ausgenutzt, gequält und getötet werden. Außerdem sind sie aus methodenkritischer Sicht abzulehnen. Die biologischen Unterschiede zwischen Mensch und Tier sind zu groß, um die Ergebnisse aus Tierversuchen auf den Menschen übertragen zu können. Zudem haben menschliche Krankheiten komplexe Ursachen, sodass sie nicht durch die Resultate von Versuchen an künstlich geschädigten Tieren geheilt wer-

den können. Viele aufgrund von Tierexperimenten für sicher gehaltene Medikamente haben für Menschen schwerwiegende oder gar tödliche Nebenwirkungen. Allein in Deutschland gehen Hochrechnungen zufolge jährlich 58.000 Todesfälle auf das Konto von Arzneimittelnebenwirkungen.

Heutzutage gibt es moderne Alternativmethoden wie Zellkulturen, Biochips oder Computersimulationen, die aussagekräftige Ergebnisse liefern, ohne Tierleid zu verursachen. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland mehrere Milliarden der Tierversuchs-Industrie und gerade einmal vier Millionen Euro für tierversuchsfreie Forschungsmethoden zur Verfügung gestellt werden. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Bevölkerung über diesen eklatanten Missbrauch von Steuergeldern aufzuklären!

Unsere Idealvorstellung: Die Bio-vegane Landwirtschaft

Von unserem Selbstverständnis her geht es vor allem um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Diesem Ideal kommt die sog. Bio-vegane Landwirtschaft am nächsten, wo aus ethischen Gründen auf Tierhaltung (und die damit verbundene Tiertötung) verzichtet und das Obst und Gemüse ohne Dünger tierlicher Herkunft ökologisch erzeugt wird. Dieser Art und Weise, Landwirtschaft zu betreiben, entspricht die vegane Ernährungsform, die ausschließlich auf pflanzlichen Produkten basiert. Dies ist der konsequenteste Weg, Tierleid zu vermeiden.

Es gibt bereits zahlreiche Höfe, die Vorreiter in diesem Bereich sind sowie Informationsmaterial darüber, wie die Umstellung funktionieren kann. Dabei werden im biologisch-vegane Landbau keine Tiere gehalten und auch keine Produkte aus der Tierhaltung

oder -schlachtung verwendet (Mist, Gülle, Knochen-, Blut oder Hornmehl, Haarpellets, etc ...). Regionale Vermarktung, Ressourcenschonung und Erhalt der Artenvielfalt sind wichtige Handlungsmaximen.

Nur ein grundlegender Bewusstseinswandel schafft Veränderungen – die natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen sind. Es kann sich also zunächst nur darum handeln, schrittweise voranzugehen.

Wir wollen eine zukunftsorientierte Agrarpolitik, bei der Wert auf Umwelt, Nachhaltigkeit, Tier- und Verbraucherschutz gelegt wird. Der Anbau pflanzlicher Nahrungsmittel muss bei einer gleichzeitigen Reduzierung der „Nutztier“-Bestände gefördert werden. Zu unterstützen sind nicht die Betriebe mit Intensiv- und Massentierhaltung, sondern bäuerliche Kleinbetriebe mit ökologischem Anbau und so genannter artgerechter Tierhaltung.

Bienen sterben leise ...

„Stell dir vor, die letzte Biene ist tot und keiner hat es mitbekommen!“ Dabei hat bereits Albert Einstein gewusst, dass auch die Menschheit untergehen wird, wenn die Biene stirbt.

Eigentlich ist die industrielle Landwirtschaft mit ihren Monokulturen, dem Einsatz von Pestiziden, die die Bienen schwächen, töten oder verwirren, schlimm genug.

Doch nicht genug: Agrarminister Christian Schmidt (CSU) möchte nun dafür sorgen, dass die so genannten Neonikotinoide in Deutschland wieder zugelassen werden. Ein Kniefall vor der Pharmalobby, der einen millionenfachen Bientod zur Folge hätte!



Foto: pixabay.com

Betonflut eindämmen: Das Volksbegehren gegen Flächenfrass

„Jeden Tag verschwinden 13 Hektar Bayern unter Asphalt und Beton. Das entspricht 18 Fußballfeldern. Jedes Jahr wird eine Fläche so groß wie der Ammersee zugebaut. Wir finden: Es reicht! Wir wollen eine gesetzliche Grenze für den Flächenverbrauch und so die Betonflut eindämmen.“ Diesem Volksbegehren, initiiert von den Grünen und der ÖDP, haben wir uns als Unterstützer natürlich sehr gerne angeschlossen! www.betonflut-eindaemmen.de/

Kohlekraftwerke schließen

Am 5.11.2017 war es so weit: Der Bürgerentscheid gegen das Steinkohlekraftwerk im Münchner Norden war erfolgreich, der Kohleausstieg bis 2022 ist beschlossen! 60% (118.513 JA-Stimmen) haben bei der Wahl in Deutschlands drittgrößter Stadt für einen beschleunigten Kohleausstieg gestimmt. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer echten Energiewende, denn der CO₂-Ausstoß bei der Verbrennung von Kohle trägt massiv zur Klimaerwärmung bei.



Foto: pixabay.com

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (IV Bayern) hatte sich dem Aktionsbündnis natürlich sehr gerne angeschlossen. Wir fordern eine kompromisslose Energiewende schon lange und hoffen, dass der Münchner Bürgerentscheid ein bundesweites Zeichen setzt. Eine deutliche Mehrheit der Bürger hat zum Ausdruck gebracht, dass ihnen das zögerliche Handeln der politischen Verantwortlichen gegen den Strich geht.

Auch wir fordern: Weg von den fossilen Dreckschleudern – hin zu sauberer und erneuerbarer Energie!

Erneuerbare Energien

Die Energiekonzerne wollen uns nach wie vor glauben machen, dass eine Energiewende nicht funktioniert. Hintergrund dabei ist, dass die Energieriesen ihre hoch subventionierte (und nur dadurch profitable) fossile Energieerzeugung schützen und so lange wie möglich aufrecht erhalten wollen. Natürlich gefährdet eine Dezentralisierung der Stromerzeugung die Monopolstellung der großen Energiekonzerne. Kaum jemand durchschaut wirklich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das gut gemeint war, zunehmend jedoch die finanzielle Last dem Verbraucher aufbürdet und die Wirtschaft mehr und mehr von Netzentgelten befreit.

Wir sind davon überzeugt, dass die Energieerzeugung schleunigst dezentralisiert werden muss, dass Energiegenossenschaften und Bürgerkraftwerke gefördert werden müssen und dass wir schnellstmöglich den Ausstieg schaffen müssen: weg von Kohle, Atomkraft, Gas oder hochriskanten Technologien wie Fracking; hin zu Solarenergie, Wind- und Wasserkraft oder auch Geothermie. Nicht nur für saubere Luft und Sicherheit bei der Erzeugung, sondern auch dafür, dass wir die Klimaerwärmung vielleicht doch noch stoppen können!



Foto: pixabay.com

Verlust der Biodiversität

Die Artenvielfalt ist massiv gefährdet – hauptsächlich durch anthropogene Ursachen: intensive Landwirtschaft, Abholzung der Regenwälder, Umweltverschmutzung, aber vor allem durch die Klimaerwärmung. Forscher vergleichen das aktuelle Artensterben mit den fünf großen Massensterben der vergangenen 500 Millionen Jahre, nur ist heute der Mensch verantwortlich, und der benötigte dafür keine Jahrmillionen, sondern lediglich ein paar Jahrzehnte.

Besonders betroffen sind die tropischen Regenwälder im Amazonas-Gebiet, in Zentralafrika und in Südostasien. In diesen Regionen existieren schätzungsweise 70 Prozent aller tierischen und pflanzlichen Landlebewesen. Ebenso bedroht ist die Artenvielfalt der Weltmeere, die durch Überfischung, Verschmutzung und Klimaerwärmung drastisch abnimmt. Welche Auswirkungen der Artenrückgang auf das „natürliche Gleichgewicht“ der Natur haben wird, kann heute nicht einmal annähernd prognostiziert werden. Fakt ist: Auch der Mensch ist davon unmittelbar betroffen!

Wir fordern ein umfassendes Programm zur Erhaltung der Biodiversität! Wir fordern drastische Beschränkungen (bis hin zum Importverbot) für alle Produkte, die nachweislich zu einer Verminderung der Biodiversität beitragen. Darunter fallen beispielsweise Soja-Futtermittel, Tropenhölzer und Papier aus Südamerika, Palmöl („Bioethanol“) und Kautschuk aus Südostasien, Fischmehl sowie Fische, die nachweislich mit Grundschlepp-Netzen gefangen wurden. Auf europäischer Ebene müssen Gesetze erarbeitet werden, die den Import von Produkten aus Ländern regulieren, die keine Rücksicht auf den Artenschutz nehmen. Auch die Entwicklungshilfe sollte zukünftig mehr an Artenschutzbedingungen geknüpft werden.

Flüchtlinge: Integrieren statt ausgrenzen!

Über die vielfältigen Ursachen globaler Flüchtlingsströme könnte man trefflich streiten. Fakt ist jedoch, dass die westlichen Industrienationen speziell durch ihre Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten einen wesentlichen Anteil an der hohen Zahl weltweiter Flüchtlinge haben. Die Uhren kann man nicht zurückdrehen, durch gezielte Maßnahmen kann man allerdings dafür sorgen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland menschenwürdige Bedingungen vorfinden.

Besonders wichtig ist die Beschleunigung der Registrierung. Hierfür müssen mehr Erstaufnahmeeinrichtungen mit wesentlich mehr Personal geschaffen werden.

Es ist außerdem sinnvoller, Flüchtlinge dezentral als in Massenunterkünften unterzubringen. Der monate- bzw. jahrelange Aufenthalt in Sammelunterkünften, Turnhallen und Zelten auf engstem Raum ohne



Foto: pixabay.com

Beschäftigungsmöglichkeit, in der ständigen Ungewissheit, ohne jegliche Selbstbestimmung und gemeinsam mit weiteren Asylsuchenden, die z.T. im Heimatland als Feind betrachtet werden, muss ein Ende haben. Sie führt zu Gewaltbereitschaft und Aggression. Beschwichtigend kann hier auch der Familiennachzug wirken!

Integration verlangt aber auch nach frühzeitigen Sprachkursangeboten, nach Beschäftigung, nach Lern- und Spielmöglichkeiten für Kinder. Sie beinhaltet auch die Vermittlung von Kenntnissen über unsere Gesetze, über die Gleichbehandlung unabhängig von Geschlecht oder Religion, über Umwelt- und Tierschutz und vieles mehr. Hierfür sind verstärkte Gelder bereitzustellen. Im Gegenzug erwarten wir natürlich auch die Bereitschaft der Flüchtlinge, diese Prinzipien unserer Gesellschaft zu achten und zu respektieren!

Stark polarisierende Forderungen zu Flüchtlingsobergrenzen, einer Ablehnung des Familiennachzugs gehen in unseren Augen an der Sache vorbei und dienen lediglich dazu, die Wählerschichten aus den eigenen Reihen zufriedenzustellen. Es sollte viel mehr Zeit, Energie und Geld dafür aufgewendet werden, Verständnis zu schaffen, Ängste zu nehmen und aufeinander zuzugehen. Dafür stehen wir als Friedenspartei!

Gerechte Bildung – gleiche Chancen für alle!

Die PISA-Studie hat es wiederholt gezeigt: Im europäischen Schnitt erbringt das deutsche Bildungssystem nur durchschnittliche Leistungen. Für eine der führenden Industrienationen eigentlich ein Armutszeugnis. Das Grundproblem in unserem Bildungssystem ist dabei – vor allem auch in Bayern – die Chancenungleichheit für Kinder und Jugendliche aus den sozial bzw. finanziell benachteiligten Schichten.

Um diesem Ungleichgewicht entgegen zu wirken, fordern wir unter anderem kleinere Klassenstärken, mehr Lehrpersonal, eine ausreichende finanzielle Förderung von schwächer gestellten Schülern und Studenten sowie zusätzlichen Sprachunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund.

In unser aller gesellschaftlichem Interesse sollten wir dafür Sorge tragen, dass jeder Schüler, der unsere Schulen verlässt, integriert und arbeitsmarktauglich ist. Dafür sollten wir Geld in die Hand nehmen, ganz nach dem Vorbild Finnlands, das in der PISA-Studie regelmäßig weit vorne liegt!

Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft

Deutschland hinkt mal wieder hinterher, obwohl bereits vor etwa 60 Jahren per Gesetz beschlossen wurde, dass Frau und Mann in der Gesellschaft gleichberechtigt sind. Doch von der vollständigen Umsetzung sind wir immer noch weit entfernt:

39% der Mütter arbeiten in Teilzeit (das ist der drittletzte Platz in Europa lt. OECD). Haushalt und Kinderbetreuung sind zu zwei Drittel Frauensache. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. 2016 bekam eine Frau 16,20 €/Stunde brutto, der vergleichbare Mann aber 20,70 €. Das hat negative Folgen für die Rente. Aktuell ist hier die Lücke von Frauen zu Männern stolze 57 Prozent. Bei der Differenz zwischen den Geschlechtern bezügl. Gehalt und Rente liegen wir in Europa damit ganz weit vorn.

Wir fordern gesetzliche Regelungen, die dafür sorgen, dass Frauen bei gleicher Qualifikation exakt genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Nach 60 Jahren Gleichberechtigung sollten Frauen keine Arbeitnehmer zweiter Klasse mehr sein!

Säkulare Ethik im Schulunterricht

„Was wir heute brauchen ist eine ethische Grundlage, die sich nicht auf Glaubenssysteme bezieht und daher sowohl für religiöse als auch nicht-religiöse Menschen annehmbar ist: eine säkulare Ethik.“ (aus Dalai Lama: Rückkehr zur Menschlichkeit, Lübbe 2011)

Bereits in der Schule sollten Verständnis und Mitgefühl für Mensch, Tier und Umwelt vermittelt werden. Mit solchen Grundwerten könnte man Tierquälerei, Ausgrenzung, Ungleichbehandlung und Armut bereits frühzeitig entgegenwirken!

Das Risiko von Alters- und Kinderarmut steigt

Trotz der bundesweit niedrigsten Armutsgefährdungsquote steigt auch in Bayern die Zahl der von Armut betroffenen Menschen kontinuierlich an. Und es gibt Regionen (z.B. der Nürnberger Raum), die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Dabei steigt die Armutsgefährdung trotz wirtschaftlich guter Daten und einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote. Fazit: Arbeit schützt nicht vor Armut! Die von Armut am meisten betroffenen Menschen sind Erwerbslose, dicht gefolgt von Alleinerziehenden und Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau. Danach folgen Menschen mit Migrationshintergrund und Familien mit drei und mehr Kindern.

Deshalb muss auch hier der Hebel angesetzt werden. Wir fordern u.a.:

- Schluss mit Niedriglöhnen. Menschen müssen wieder von ihrem Einkommen leben können;
- höhere Regelsätze insbesondere für Kinder und Jugendliche;
- mehr bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum, insbesondere für Familien mit Kindern;
- eine möglichst schnelle Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt;
- in der Bildungspolitik muss der Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Kinder gelegt werden. Gute Bildung schützt vor Armut!

Inklusion sollte keine leere Phrase sein!

Wir können uns in vollem Umfang der UN-Behindertenrechtskonvention anschließen, die es folgendermaßen definiert hat: „Es geht nicht um die Integration von „Ausgegrenzten“, sondern darum, von vornherein allen Menschen die uneingeschränkte Teilnahme an allen Aktivitäten möglich zu machen. Nicht das negative Verständnis von Behinderung soll Normalität sein, sondern ein gemeinsames Leben aller Menschen mit und ohne Behinderungen.“

Die Inklusion, sprich die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, ist aber noch lange nicht verwirklicht. Ob im Bereich Erziehung und Bildung (Inklusion oder Sonderschulen?), bei der Barrierefreiheit im Bau- und Transportwesen oder auch bei der barrierefreien Anwendung von Sprache und Informationssystemen: Es gibt noch viel zu tun! Wir haben das verstanden ...



Foto: pixabay.com

Aktuelle News und weitere Themen in Kürze:

- Afrikanische Schweinepest: Absurde Abschussforderung des DBV

70 % der Schwarzwildbestände sollen nach einer Forderung des Deutschen Bauernverbands (DBV) wegen der drohenden Afrikanischen Schweinepest getötet werden. Obwohl noch kein einziger gemeldeter Fall in Deutschland vorkam. Unter Experten gilt die Jagd zur Regulierung von Wildtierbeständen, allen voran die Schwarzwildbejagung, ohnehin als sehr umstrittene Maßnahme. Werden Familienverbände durch Tötung der Leitbachen gesprengt, schnell die Anzahl der Wildschweine explosionsartig in die Höhe. Massive Jagd ist sogar ein Multiplikator für die Ansteckung. Aber auch das Argument, dass mit dieser Art der Bejagung das Hausschwein in den Mastanlagen geschützt würde, zieht nicht, da durch die strengen Hygieneverordnungen in Deutschland eine direkte Ansteckung unmöglich ist. Vielmehr verläuft der Übertragungsweg von infiziertem Import-Fleisch über weggeworfene Lebensmittel. Deshalb fordern wir einen sofortigen Importstopp von Fleisch- und Wurstwaren aus den bereits betroffenen Ländern und ebenso ein Verbot der Einfuhr von Futtermitteln, welche tierische Bestandteile enthalten!

- Einführung eines Gesundheits- und Ernährungsunterrichts

Wir sind davon überzeugt, dass ein Bewusstsein für die eigene gesunde Ernährung und die Prävention zur Erhaltung unserer Gesundheit bereits im Kindesalter gefördert werden müssen. In Zeiten von Fastfood, Fertiggerichten und Massentierhaltung müssen bereits Heranwachsende lernen, wie sich ihr Verhalten auf die eigene Gesundheit und auf die Mitwelt auswirkt! Damit könnte bereits im Vorschulalter begonnen werden.

- Anerkennung von Ausbildungsnachweisen

Es gibt heute bereits einen massiven Facharbeitermangel in Deutschland. Ursache ist der demografische Wandel, d.h., unsere Gesellschaft altert durch Geburtenrückgang und bessere medizinische Versorgung. Was tun? Dass Ausbildungsnachweise aus dem Ausland häufig kaum bis gar nicht anerkannt werden, ist dabei kontraproduktiv. Hier muss politisch flexibler gehandelt werden, damit Fachkräfte aus dem Ausland so bald wie möglich in ihrem Beruf in Deutschland arbeiten können!

- Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz befürwortet die Erprobung und Einführung eines BGE, das sozial und nachhaltig ist. Ohne ökonomischen Druck und dadurch mit mehr Freiheit und Würde zu leben – diese Idee ist es wert, entwickelt zu werden. Wie viel produktiver und empathischer könnte die Gesellschaft sein, wenn man es sich „leisten“ könnte, einen Beruf auszuüben, der einem Spaß macht, und nicht einen, den man „nur zum Geldverdienen“ braucht. Die kapitalistische Hochleistungsgesellschaft ist jedenfalls nicht die Zukunft. Lasst uns umdenken!

- Videoüberwachungspflicht für Schlachthöfe

Der Skandal im Münchner Schlachthof 2015/2016 mit den hohen Zahlen an unzureichenden Betäubungen hat wieder einmal gezeigt: Eine ständige Videoüberwachung der Schlachtvorgänge ist unumgänglich. Denn die gängige Praxis des Akkordschlachtens ist geradezu prädestiniert für Fehlbetäubungen, was lt. Tierschutzschlachtverordnung allerdings strikt verboten ist. Unangemeldete Kontrollen und hohe Strafen müssen allerdings dazukommen, um die Verordnung nicht zum zahnlosen Papiertiger verkommen zu lassen!

- Umsetzung des „Augsburger Modells“ im Umgang mit Stadtauben

Bei Stadtauben handelt es sich um Nachkommen von Haus-/Zier- und Brieftauben. Deshalb sind wir Menschen für sie auch noch verantwortlich. Nur nach dem „Augsburger Modell“ können Taubenpopulationen wirkungsvoll und ohne Tierleid reguliert werden: betreute Taubenstationen mit artgerechter Fütterung, Austausch der Gelege, tierärztlicher Versorgung. Das sorgt für örtliche Bindung und eine Reduzierung von Gebäudeverunreinigungen um ca. 80 Prozent!

- Auftrittsverbot von Zirkussen mit Tieren auf öffentlichen Flächen

Laut einer aktuellen Umfrage sind 82 Prozent der Bundesbürger der Auffassung, dass Wildtiere in Zirkussen nicht artgerecht gehalten werden können. Nimmt man die Gewalt bei Dressuren dazu (Peitschen, Stöcke, Elektroschocker, Elefantenhaken ...), sollte den bayerischen Städten und Gemeinden doch eigentlich die Entscheidung leichtfallen, solchen Zirkussen ein Auftrittsverbot auf öffentlichen Flächen auszusprechen, oder?

- Abschaffung der Hunderassenliste

Auch in Bayern gibt es eine Verordnung, die dafür sorgt, dass Hundehalter für manche Rassen eine Erlaubnis der Gemeinde benötigen. Dabei wird allerdings nicht berücksichtigt, dass nicht der Hund der Verursacher der Aggression und einer eventuellen Gefährdung ist, sondern immer der Halter bzw. der unverantwortliche Züchter. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Rasseliste in Bayern. Stattdessen sollte ein genereller Sachkundenachweis für Tierhalter – etwa eine Art Hundeführerschein – eingeführt werden. Die meisten Hundebisse finden – wen wundert's – in der Familie statt.

- Tierschutzgesetz: Kein Tier darf ohne vernünftigen Grund getötet werden

Kürzlich wurde berichtet, dass insgesamt 9 Löwenbabys in einem schwedischen Zoo – obwohl sie gesund waren – wegen Platzmangels über mehrere Jahre hinweg umgebracht wurden. Gerade in Skandinavien passiert dies immer wieder und sorgt für heftige Diskussionen. Aber auch, wenn Kaninchen und Meerschweinchen im Zooladen nicht mehr jung und „niedlich genug“ für den Verkauf sind, kommt es nicht selten vor, dass sie einfach getötet werden bzw. als Reptilienfutter enden. Das Problem ist simpel: Man züchtet für den Profit lebendige Wesen, ohne Abnehmer werden sie dann getötet. Das ist kein vernünftiger Grund und muss empfindliche Strafen nach sich ziehen!

Es gäbe noch viele Themen, die uns unter den Nägeln brennen, für die der Platz hier einfach nicht reicht: die Wahrheit über Milch, das Märchen vom bösen Wolf, der Glyphosatminister Schmidt, unbezahlbarer Wohnraum, geraubte Menschenwürde durch Hartz IV, Müllvermeidung (speziell auch Plastikmüll) und, und, und ...

Besuchen Sie uns doch einfach auf unserer Website, auf Facebook oder folgen Sie uns auf Instagram.

Unser gesamtes Programm finden Sie unter:

www.tierschutzpartei.de/partei/grundsatzprogramm

Oder werden Sie Mitglied, und helfen Sie uns beim Kampf um eine friedlichere Welt!



Warum gibt es eigentlich Tierquälerei und Massentierhaltung?

Warum lassen es die Gesetze zu? Warum dürfen tierquälere Zustände in den Megaställen herrschen? Warum wurde noch nichts unternommen von Politik, Justiz, Gesellschaft und Wirtschaft?

Diese Fragen stellen sich engagierte Tierbeschützer genauso wie die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Einerseits ist der Tierschutz sogar im Grundgesetz verankert, und das Tierschutzgesetz verbietet kategorisch Tierquälerei. So wie man einen Hund oder eine Katze nicht ohne Strafe quälen darf, gilt dies auch für sogenannte „Nutztiere“. Aber offensichtlich nur auf dem Papier.

Denn das Gesetz sieht vor, dass Quälerei erlaubt ist, wenn ein „vernünftiger Grund“ vorliegt. Und somit wird der Tierschutz des Grundgesetzes, also in unserer Verfassung, durch die Hintertür wieder außer Kraft gesetzt! Denn die Agrarindustrie legt fest, welcher aus ihrer Sicht angemessene Grund gegeben ist: niedrigste Preise für Fleisch und andere Tierindustrieprodukte, die zwar ungesund und ohne Nährwert sind, aber durch systematische Marketinglügen massenhaft verkauft werden.

In Fleisch wurden schon so viele Keime und andere Verunreinigungen durch Medikamente und Chemikalien gefunden, dass es verwunderlich ist, weshalb es immer noch frei verkauft werden darf. Ernährungsphysiologische Gründe gibt es für Fleischkonsum eigentlich keine; das oft zitierte Vitamin B12 wird grundsätzlich von Bakterien hergestellt und den Nutztieren auch nur zugeführt,

weil sie aufgrund ihres kurzen Lebens kaum welches in ihrem Fleisch anreichern können. Die gesundheitlichen Gefahren dagegen, bspw. durch multiresistente Keime, sind für die Gesellschaft immens.

Dieses System funktioniert leider, weil der Verbraucher die Qualen hinter den Betonmauern nicht mitbekommt, die Schreie der gequälten Tiere nicht hört. Weil die Abholzung der Regenwälder weit weg ist. Weil die milliardenschwere Agrarindustrie die Politik fest in ihrem finanziellen Griff hat. Weil die weit verzweigten Firmengeflechte bei Gesetzesverstößen praktisch nicht belangt werden können.

Ändern kann also nur der Verbraucher mit seinem Verhalten etwas. Er kann den geschundenen Tieren eine Stimme geben und die ausgebeutete Umwelt schützen. Durch ein Umdenken beim Einkauf und beim Kon-

sumverhalten kann etwas bewirkt werden. Denn es gibt keinen „vernünftigen Grund“ für einen Menschen, ein Tier des bloßen Genusses wegen zu töten.

Wichtig ist aber auch, einer politischen Kraft wie der Tierschutzpartei die Stimme zu geben. Denn wir hinterfragen das System, und jede zusätzliche Stimme für uns zeigt, wie wichtig dem Verbraucher eine tierfreundliche und gewaltablehnende Politik ist!



Foto: www.soylent-network.com

Einige Beispiele* staatlich legalisierter** Tierquälerei:

- Häutung von Pelztieren bei lebendigem Leib (...ohne Worte!)
- Das Schreddern von Eintagsküken (weil sie männlich sind)
- Schnäbelkürzen in der Hühnermast
- Schlachtung mit Fehlbetäubung (mehrere Millionen Tiere/Jahr)
- Delfinarien (hochintelligente Tiere vegetieren in „Badewannen“ dahin)
- Fallenjagd (extrem grausam, da die Tiere oft sehr lange leiden)
- Tierversuche generell (2,8 Mio/Jahr in Deutschland sinnlos gequälte Tiere)
- Lebendrupf bei Gänsen (bis zu sieben Mal im Leben einer Gans)
- Lebendtiertransporte (teilw. mehr als 24 Stunden am Stück!)

* die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen: Geldgier macht alles möglich! – ** durch mangelhafte Kontrolle, fehlende Gesetze oder Importgenehmigungen

Das Wahlsystem in Bayern: eine große Hürde für kleine Parteien

Die Zulassung in den 7 Regierungsbezirken (Wahlkreisen) in Bayern ist neben dem hohen bürokratischen Aufwand und der Gefahr, aufgrund von kleinen Formfehlern Probleme zu bekommen, durchaus machbar. Pro Wahlkreis benötigt man mindestens 1 Kandidaten mit 3 Unterstützern in einem Stimmkreis. Wenn dann alles korrekt gelaufen ist und die Formulare ordnungsgemäß eingereicht wurden, beginnt die eigentliche Schwierigkeit: Es muss eine sehr stattliche Zahl an Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, um es auf den Wahlzettel bei Landtagswahl und/oder Bezirkswahl zu schaffen:

Notwendige Unterstützungsunterschriften*

Oberbayern	2000
Niederbayern	930
Schwaben	1345
Oberfranken	850
Mittelfranken	1278
Unterfranken	1024
Oberpfalz	850

Um diese Vielzahl an Unterstützungsunterschriften zu bekommen, sind wir natürlich auf jede erdenkliche Hilfe angewiesen.

Dabei geht es in allererster Linie um das demokratische Recht einer kleineren Partei, die einen bestimmten Teil der Bevölkerung repräsentiert, gewählt werden zu können. Durch die Präsenz auf dem Wahlzettel bekommt der Bürger erst die Chance, wirklich frei zu entscheiden, welche politische Richtung er favorisiert und wählen möchte.

Leider gibt es in Bayern für den Landtag immer noch die 5%-Hürde, eine undemokratische Barriere, die schleunigst deutlich gesenkt oder ganz abgeschafft werden müsste. Bayern würde durch mehr Parteien im Landtag nicht unregierbar, wie oft behauptet. Lediglich die Auswahl der Themen, die behandelt werden, könnte größer werden.

Fazit: Das Wahlsystem in seiner jetzigen Art sollte dringend modernisiert werden, um das Volk in seiner Gänze im Landtag abzubilden.

Für uns bedeutet dies, fleißig zu sammeln, anzutreten und mehr als 1,25 % der abgegebenen Stimmen bei der anstehenden Wahl zu bekommen. Dann wären wir in fünf Jahren bei der nächsten Landtagswahl vom Unterschriftensammeln befreit und könnten unsere Energien komplett in den Wahlkampf stecken!



* Zahlen beziehen sich auf die Landtagswahl

Fotos Titelcomposing: istockphoto.com/ChristopherBernard/lvdesign77/beright - soylentnetwork.com - pixelio/GerdAltman